



**Grüne in der AK -
Alternative Gewerkschafter/innen**

12

Antrag

Jan

an die Vollversammlung der AK Tirol vom 20. 5. 1999

betreffend : **Selbstauskunft über Kreditverhältnisse bei Antrag
auf Niederlassungsbewilligung durch
Kammermitglieder mit ausländischem Paß**

Die Vollversammlung möge beschließen :

Der Herr Präsident wird beauftragt,

*** sich beim Innenministerium und den zuständigen
fremdenpolizeilichen Behörden im Land dafür einzusetzen, daß
die derzeit bei der BH Innsbruck - Land gängige Praxis, eine
Selbstauskunft über die Kreditverhältnisse (ausgestellt vom
Kreditschutzverband, bezahlt vom Arbeitnehmer) zu
verlangen, geändert wird**

*** und über die Ergebnisse seiner Bemühungen der
Vollversammlung schriftlich zu berichten.**

Begründung:

Eine solche Selbstauskunft ist eine menschenunwürdige Erschwernis durch die Behörde. Die bei der genannten Bezirkshauptmannschaft geübte Praxis ist einmalig unter den Behörden. Es stellt sich auch die Frage, ob es sich mangels gesetzlicher Deckung um einen Verstoß gegen Datenschutzbestimmungen handelt.

Innsbruck, am 22. 4.1999